

CSU-Stadtratsfraktion
Rathaus, Marienplatz 8, Zimmer 249/II
80331 München
Tel.: 089 / 233 92650
Fax.: 089 / 29 13 765
Email: csu-fraktion@muenchen.de
www.wzim.de
www.facebook.com/Stadtratsfraktion.
Muenchen

PM 102/11

Zweite S-Bahnstammstrecke: Schmid und Podiuk kritisieren Ablehnung der Vorfinanzierung durch Landkreise und Landeshauptstadt

München, 15.11.2011 – Auf die „Meinungsumfrage“ des Münchner Oberbürgermeisters unter den vom Bau der zweiten S-Bahnstammstrecke begünstigten MVV-Landkreisen nehmen Fraktionschef und Fraktionsvize der CSU-Stadtratsfraktion, Josef Schmid und Hans Podiuk Stellung:

„Die Ansicht der Landkreise ist nicht überraschend. Es ist tatsächlich nicht die Aufgabe der kommunalen und Landkreisebene, den Bau der zweiten Stammstrecke zu finanzieren, insofern haben die Landrätinnen und Landräte in ihren Äußerungen formal Recht. Die Bürgerinnen und Bürger verlangen aber eine Lösung für die drängenden Probleme bei der S-Bahn“, sagt **Josef Schmid**. Ein finanzpolitisches Hin- und Hergeschiebe zwischen den verschiedenen Ebenen, für den Bürger alles Staatsteile, müsse da auf Unverständnis der Betroffenen stoßen, schließlich seien alle Finanzierungsbeiträge für den Bau der zweiten S-Bahnrohre letztendlich Steuermittel der Betroffenen, egal von welcher staatlichen Ebene die Mittel bereit gestellt würden.

„Ich wage zu behaupten: Wenn München eine Bereitschaft zur Vorfinanzierung im Rahmen eines Darlehens an den Bund signalisiert hätte, hätten sich auch die Landkreise eher bewegt“, ist **Hans Podiuk** der Ansicht. Podiuk macht aber auch einen politischen Widerspruch aus: Einerseits hätten gerade die Landtagsabgeordneten im Umgriff Münchens immer wieder für den Bau der zweiten S-Bahnstammstrecke und gegen Alternativen gesprochen. Wenn es aber nun zum Schwur kommt, dann absentieren sich

gerade die, die am vehementesten für die zweite Röhre Stellung bezogen haben.
Eines bleibt aber: Die zweite Stammstrecke ist und bleibt ein Infrastrukturprojekt von erheblicher Wichtigkeit und Bedeutung, dessen Realisierung erforderlich dringend ist.
„Jetzt ist das Zeitfenster auch für unkonventionelle und weniger formalistische Lösungen offen, auch die Landrätinnen und Landräte tragen eine historische Verantwortung. Sollte eine Lösung scheitern, werden sich erst 2025 neue Ansätze ergeben“, sagt Podiuk.